

"Atompool nächster Schritt" in Luxemburger Wort (2. Juni 1956)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 02.06.1956, n° 154-155. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Atompool nächster Schritt", auteur:M.F , p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/atompool_nachster_schritt_in_luxemburger_wort_2_juni_1956-de-40d32192-5061-4644-8aea-fa2e1573a8bo.html



Publication date: 05/11/2015

Atompool nächster Schritt

Das Resultat der Konferenz von Venedig ist gut. Man hatte im allgemeinen nicht erwartet, daß die Außenminister der Schumanplanländer sich derart rasch entscheiden würden, die definitiven Vertragstexte ausarbeiten zu lassen. Sie haben sich nicht allzusehr von der Stimmung jener Kreise der europäischen Öffentlichkeit, die auf dem Gebiete der Atomwirtschaft am liebsten eigene Wege gehen würden, beeindrucken lassen. Am 26. Juni werden die Vertreter der Außenminister in Bruxelles, unter dem Vorsitz des Herrn Spaak, den Text der Verträge ausarbeiten. Das heißt, mit andern Worten, daß an den Vorprojekten, bei denen erfahrene Experten Pate standen, nur wenig geändert werden wird. Sollten Schwierigkeiten auftreten, dann vor allem inbezug auf das Vertragswerk des Gemeinsamen Marktes.

Die Außenminister haben sich für Euratom und für den Gemeinsamen Markt entschieden. Das schließt aber nicht aus, daß der Atompool der erste ist, der von den Regierungen paraphiert und vor den Parlamenten spruchreif wird. Obwohl auch hier große Interessen auf dem Spiele stehen und auf die nationale Freiheit in einem Bereich der Wirtschaft und der militärischen Aufrüstung, der nach zwanzig bis dreißig Jahren Anfang und Ende jeder Macht und jedes Fortschrittes überhaupt ist, verzichtet wird, mag es doch die größten Widerstände innerhalb der einzelnen Länder gegen den Gemeinsamen Markt, oder vielmehr gegen den Vertragstext des Gemeinsamen Marktes geben.

Was die Atomwirtschaft betrifft, so stehen die großen nationalen Interessen auf lange Sicht auf dem Spiele, beim Gemeinsamen Markt dagegen geht es um die derzeitigen Interessen der Wirtschaftsgruppen. Bei Euratom macht man den Anfang mit der Atomwirtschaft. Mit dem Gemeinsamen Markt greift man in ein Jahrhunderte altes Wirtschaftsgefüge ein. Auf dem Gebiete der Atomenergie gibt es in Europa noch keine errungenen Positionen, noch keine Unternehmensstruktur und noch keinen Markt. Es gilt nicht, wie bei der Gemeinschaft von Kohle und Stahl, bestehende Monopole, Kartelle und Konzentrationen zu brechen. Die Finanzmittel, die für den Ausbau der Kernspaltungsindustrie benötigt werden, sind derart umfangreich, daß ein Land allein nicht in der Lage wäre, umfangreiche, d. h. wirtschaftliche Projekte durchzuführen. Außerdem ist die Atomenergie eine derart gefährliche Waffe, daß es den Untergang Europas bedeuten würde, wenn jedes Land als Einzelgänger seine Atomkraft produzieren würde. Das Uranium 235 ist ein so lebenswichtiger Rohstoff, daß er nicht in beliebigen Mengen in private Hände gelegt werden darf. Wenn die Franzosen und die Deutschen auf der Grundlage bilateraler Verträge mit Amerika und anderen Atommächten spaltbare Stoffe frei kaufen könnten, dann würden die Westeuropäer bald nicht mehr ruhig schlafen können. Nur wenn das Uranium von einer übernationalen Behörde gekauft und genau nach festgelegten Quoten für ganz bestimmte Zwecke verteilt wird, wird alle Gefahr gebannt, und der Weg für die maximale friedliche Ausnutzung der Atomenergie im Interesse der Europäer freigemacht. Das soll nicht heißen, die Privatinitiative werde keine Rolle im Atomsektor spielen. Im Gegenteil, ohne sie wird es nicht möglich sein, die Atomproduktionszentren zu errichten und von Fortschritt zu Fortschritt zu schreiten. Kein Produktionszweig ist derart raschen technischen Umwälzungen unterworfen wie derjenige der Atomenergie. In der Hand des Staates, der die Mittel selber nicht rechtzeitig aufbringen könnte, wäre die Atomwirtschaft gezwungen, an überholten Methoden und Einrichtungen festzuhalten. Nur das Privatkapital vermag die Finanzmittel freizumachen, die für eine ständige Anpassung der Produktionszentren an den letzten Stand der Technik erforderlich sind.

Beim Gemeinsamen Markt dürfte es auch nicht so ganz schwierig sein, die Leute davon zu überzeugen, daß es auf einem Markt, der sechs Länder umfaßt, mehr Chancen gibt als auf dem bescheidenen Raum des nationalen Marktes. Es ist aber schon wesentlich mühsamer, sie in einzelnen Fällen davon überzeugen zu wollen, daß sie in einen anderen Konkurrenzkampf eingeschaltet werden und auf gewisse Vorteile verzichten müssen, die ihnen bisher staatlicherseits zugestanden wurden. Nicht nur die Gruppen werden skeptisch sein, sondern die Staaten selber auch, weil sie stets befürchten werden, im gesamten Marktgebiet nicht jene Position einzunehmen, die sie gerne einnehmen möchten. Ganz gewiß wird das Projekt des Investitionsfonds noch zahlreiche Diskussionen heraufbeschwören. Es wird jeder Staat darauf bedacht sein, möglichst hohe Investitionen in seiner eigenen Wirtschaft vornehmen zu können. Dagegen wird er sich sträuben, selber hohe Beträge in den Investitionsfonds zu zahlen, wenn diese Gelder dazu bestimmt sind, einen Teil seiner Bürger umzuschulen, um sie in neuen Industriezentren zu beschäftigen, die aus wirtschaftlichen Gründen in einem andern der 6 Länder mit den gemeinsamen Investitionsgeldern errichtet

wurden. Eigentlich müßte es zum Grundsatz erhoben werden, daß in jedem Lande möglichst hohe Investitionen durchgeführt werden, damit das Wirtschaftspotential der verschiedenen Länder in seiner Stärke vergleichbar bleibt.

Der Gemeinsame Markt hat nur noch Chancen, Wirklichkeit zu werden, wenn jede nationale Gemeinschaft unter möglichst günstigen Voraussetzungen in den Markt eintreten kann. Dies zu ermöglichen, ist die erste Aufgabe, die gelöst werden muß, ehe man die Zollschränken niederreißt.

M. F.